

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/220

16. November 1976

Klarstellungen zum Thema Berlin

Wir brauchen Realitätsbewußtsein
und produktive Phantasie

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister und SPD-
Landesvorsitzender von Berlin und
Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

Schutz der Vertraulichkeit verspielt

Ein notwendiges Nachwort zur Generalsaffäre

Von Hartmut Miegel
Spracher der hessischen Landesregierung

Seite 3 / 46 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Moskau: "Ökonomischer Nutzen der Abrüstung"

Seite 4, 5, 6 und 7 / 192 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausstraße 2-10 5300 Bonn 12
Postfach: 120 000
Presschaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 01 90 38-39
Telex: 00 86 846-48 pppn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 85 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Klarstellungen zum Thema Berlin

Wir brauchen Realitätbewusstsein und produktive Phantasie

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister und
SPD-Landesvorsitzender von Berlin und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Über Berlin wird derzeit viel geredet und geschrieben. Öffentliches Kopfzerbrechen wird vorgeführt über die Frage, wie es steht mit Berlin und wie es weitergehen soll. Es scheint an der Zeit, einiges zurechtzurücken.

Die Bedingungen, unter denen Berlin lebt und sich entwickelt, beruhen zum einen auf dem Gesamtkomplex dessen, was wir mit den Realitäten in und um Berlin beschreiben. Und sie beruhen zum anderen auf unseren Entscheidungen darüber, in welchem Rahmen wir unseren Weg in die Zukunft gehen wollen.

Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin bietet, sicherlich auf lange Zeit, die Grundlage dafür, daß West-Berlins Existenz in Frieden und Freiheit gesichert ist. Wir bejahen dieses Abkommen und wir werden es strikt einhalten. Aus dieser Position heraus werden wir, auch wenn es lange Zeit braucht, darauf dringen, daß dieses Abkommen in allen seinen Teilen und von allen Beteiligten voll angewendet wird.

Die Lebensfähigkeit der Stadt sehen wir nur im engen Verbund zur Bundesrepublik Deutschland gewährleistet. Berlin gehört zur Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik. Jede Politik, die darauf abzielt, den Verbund zu lockern, würde ganz wesentlich die Grundlage des Vertrauens und der Zuversicht in die Freizügigkeit von Menschen und Gütern zwischen der Stadt und Westdeutschland unterminieren.

Zu den Rahmenbedingungen, unter denen über die Perspektiven Berlins diskutiert werden muß, gehört auch die klare Entscheidung

Schutz der Vertraulichkeit verspielt

Ein notwendiges Nachwort zur Generalsaffäre

Von Hartmut Miegel

Sprecher der hessischen Landesregierung

Zur Sache nur ein kurzes Wort noch: Die Generale Krupinski und Franke haben den Dienst quittieren müssen - zu Recht ohne Zweifel. Dies, weil sie offenbar gegen Befehle verstoßen und vor allem unentschuldigbar - unentschuldigd übrigens auch - durch ihre törichten Äußerungen Grundsätze verletzt haben, auf denen die Ordnung unserer Bundeswehr basiert. Solche Generale dürfen nicht Erzieher und Ausbilder der jungen Soldaten sein. Unmißverständlich mußte der Befehl für sie heißen: "Wegtreten!"

Doch wird nach Erteilung dieses Befehls nun erstaunlich und erschreckend zugleich eine Tatsache deutlich: In dieser unserer Bundesrepublik ist es augenscheinlich immer noch sehr viel unpopulärer, einen General, der sich selber disqualifiziert hat, in den gut bezahlten einstweiligen Ruhestand zu schicken, als einen demokratischen Politiker an- und möglicherweise sogar abzuschießen. Unglaublich schier für Demokraten, wenn auch zugleich trefflich kennzeichnend für die "Union"-Formulierer Wörner, Strauß und Zimmermann selbst ist es doch, wenn diese das Vorgehen des Verteidigungsministers als "skandalös, würdelos" und gar "feige" klassifizieren. Ausgerechnet diese Herren!

Aber in diesem Zusammenhang wird nun auch immer noch der Versuch gemacht, einige Journalisten als die eigentlich Schuldigen an alledem hin- und herauszustellen. Von erschlichenen Informationen, vom Bruch der vereinbarten Vertraulichkeit, von Denunziation gar ist die Rede.

Tatsache indessen ist, daß die Vertraulichkeit eines Gesprächs, also auch der Unterhaltung mit Krupinski und Franke "Forderungen an beide Seiten stellt". Bundesverteidigungsminister Georg Leber hat dies in der "Zeit" sehr richtig formuliert. Das bedeutet: Die Forderung war nicht zu halten, als einige der Beteiligten Journalisten merkten, daß ihnen führende Soldaten der Bundeswehr nicht mehr nur gravierende militärpolitische Klagen vortrugen - deren Veröffentlichung allein wohl ausgereicht hätte, ihnen den Abtritt nahe zu legen -, sondern daß sich da ein Abgrund an politischer Ignoranz auftat, auf den die politische Führung im Interesse all der anderen Soldaten und vor allem im Interesse unserer Bundesrepublik aufmerksam gemacht werden mußte, und zwar schnellstens. Leber: "Wer als Inhaber hoher staatlicher Verantwortung zu vertraulichem Gespräch in amtlicher Eigenschaft einläßt, um dann Äußerungen wider den Geist unserer Gesetze zu machen, der verspielt wohl auch den Schutz der Vertraulichkeit."

Nur, wer dies nicht erkannte oder wer etwa die Meinung der beiden Generäle teilte, durfte da schweigen. Im Übrigen haben die im wahrsten Sinne des Wortes betroffenen Journalisten ihre Gesprächspartner rechtzeitig auf ihre Absicht, nicht zu schweigen, hingewiesen. Man sollte ihre Gewissensentscheidung respektieren, nicht schelten. Der deutsche Presserat, der die Angelegenheit jetzt prüft, darf sich nicht zu vorschnellem Urteil verleiten lassen.

Andererseits ist es nun aber auch von Interesse, wie der Beirat für Fragen der inneren Führung beim Bundesminister der Verteidigung auf die Generalsworte reagiert. Bialang haben seine Sprecher einrücksvoll geschwiegen. (-/16.11.1976/mie/pr)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Moskau: "Ökonomischer Nutzen der Abrüstung"

Die einflußreiche Moskauer Wochenzeitschrift "Neue Zeit" ("Nowaja Wremja") veröffentlichte einen Artikel von Igor Glagolew zum Thema "Ökonomischer Nutzen der Abrüstung". Der Besonderheit und Wichtigkeit des Themas halber zitieren wir den Beitrag in voller Länge.

"Heute findet man nicht so leicht Politiker oder Staatsmänner, die offen und bedingungslos für das Wettüsten und die Entwicklung neuer Systeme todbringender Waffen einträten. Die Woge des Volksprotestes gegen die weitere Waffenhortung steigt immer höher. Ein anschaulicher Beweis dafür ist der Widerhall, den der neue Stockholmer Appell in den weitesten Kreisen der Weltöffentlichkeit findet. Deshalb versuchen selbst Exponenten der reaktionärsten militaristischen imperialistischen Kräfte, die auch heute noch zur Steigerung des militärischen Potentials ihrer Länder auffordern, ihre Bemühungen irgendwie zu 'begründen'.

Da ist ihnen jedes Mittel recht: sowohl das inzwischen stark ramponierte Märchen von der berüchtigten 'sowjetischen Gefahr' als auch die neumodischen Theorien von einem 'Frieden von der Position der Stärke aus' und allerlei Konzeptionen von einer 'wohltuenden, stimulierenden Einwirkung der Zunahme der Militärausgaben auf die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Entwicklung' oder auf die Sicherung eines 'hohen Beschäftigungsgrades'. So schreibt der recht einflußreiche britische Ökonom J. Thayer, der in den Kreisen um den Militär- und Industriekomplex sehr populär ist, in seinem Buch 'Kriegsgeschäft': 'Rüstungen können als Mittel zur Ausbalanzierung internationaler Verrechnungen und zur Herbeiführung der Wohlfahrt dienen. Sie können Menschen aller Berufe Arbeit sichern (und tun das). Sie schaffen Reichtümer für den Unternehmer, den Kaufmann, den Staat; sie fördern die ökonomische und soziale Stabilität, indem sie ununterbrochen ein hohes Produktionsniveau aufrechterhalten'.

Wer aber nicht betrogen sein will, begreift durchaus, was Militärausgaben bedeuten. Karl Marx schrieb schon im vorigen Jahrhundert, daß Krieg 'daselbe ist, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser wüf'e'. Die Produktion von Waffen und anderen militärischen Erzeugnissen ist weit davon entfernt, 'die ökonomische und soziale Stabilität zu fördern'. Mehr noch, sie bremst unweigerlich die wirtschaftliche Entwicklung.

Deshalb wurde auf der kürzlich in Berlin abgehaltenen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas eigens betont: 'Das Wettüsten muß eingestellt und ein Prozeß der Reduzierung von Rüstungen und Streitkräften eingeleitet werden. Die steigenden Rüstungsaufgaben lasten immer schwerer auf den Werktätigen, auf den Volkemassen. Wenn diese riesigen Mittel für die Hebung des Lebensniveaus der Völker, für die Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit, für die Hilfe und Unterstützung der Entwicklungsländer

und den Umweltschutz verwendet würden, so wäre das von gewaltigem Nutzen für den Fortschritt der ganzen Menschheit'.

Die Richtigkeit des von den Kommunisten Europas gezogenen Schlusses ist bei jedem System von Beweisen offensichtlich, wenn man sich dabei auf authentische Fakten stützt.

Solche Fakten und Beispiele bezeugen, daß die am stärksten militarisierten Länder, etwa die USA und Großbritannien, in der Nachkriegszeit dem Wachstumstempo der Produktion nach hinter den weniger militarisierten, etwa Frankreich und Japan, zurückbleiben. Der Anteil der USA und Großbritanniens an der gesamten Industrieproduktion der kapitalistischen Länder hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten wesentlich verringert, der Anteil von Frankreich und Japan aber ist gestiegen. Die intensive Militarisierung hat die USA und Großbritannien nicht vor Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit bewahrt. Während der Krise von 1974/75 waren die Kennziffern der Arbeitslosigkeit in den am meisten militarisierten Staaten höher als in den weniger militarisierten. Das ergibt sich klar aus folgenden Zahlen: Der Anteil der direkten Militärausgaben der USA am Brutto sozialprodukt machte damals 6 % aus, die Zahl der Arbeitslosen betrug auf dem Höhepunkt der Krise 8,5 Millionen (9,2 % der Arbeitskräfte). Für Großbritannien betrugen die entsprechenden Zahlen 5 % und 1,3 Millionen (5 %). Und hier die gleichen Kennzahlen für Japan: 1 % und 1,3 Millionen (2,5 %).

So sieht das Ergebnis der Zunahme der Militärausgaben für die Werktätigen in Wirklichkeit aus.

Die Gegner der Abrüstung behaupten auch, sie werde die Schließung von Rüstungsfabriken, Massenentlassungen und einen allgemeinen Produktionsrückgang bewirken. Da die modernen Rüstungsarten äußerst kompliziert und spezifisch sind, könnten angeblich die einschlägigen Betriebe nicht Erzeugnisse der Zivilindustrie herstellen, die Verluste aber, die die Schließung solcher Betriebe verursachen werde, könnten der Wirtschaft einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen.

Gewiß, die Umstellung der Rüstungsindustrie auf friedliche Produktion ist mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Niemand leugnet das. Aber auch dieses Problem ist lösbar, wie es u.a. das Beispiel der Sowjetunion veranschaulicht. Im Jahre 1944, als feststand, daß der Sieg über Hitlerdeutschland nicht mehr fern war, begann in der Sowjetunion die Vorbereitung zur Umstellung (Rekonversion) der Verteidigungsindustrie auf friedliche Bahnen. 1945 entfaltete sich die Rekonversion in breiten Ausmaßen, und Ende 1946 war sie zu einem bedeutenden Teil vollzogen.

Bei der Rekonversion von Rüstungsbetrieben in der UdSSR wurde ihre Spezifik, die Möglichkeit berücksichtigt, in ihnen zivile Erzeugnisse zu produzieren. So wurden Panzerfabriken auf Traktoren, Dampfloks, Transportmaschinen und Waggons umgestellt. Frühere Geschützfabriken lieferten nun Bohranlagen, Bagger, Pressen und Walzstraßen.

Die Rekonversion und die Demobilisierung von Millionen Menschen, die also zu friedlicher Arbeit übergehen konnten, trugen zur raschen Wiederherstellung der Volkswirtschaft und zur beschleunigten Entwicklung der sowjetischen Ökonomie bei. Die Produktion von Massenbedarfsgütern vervielfachte sich. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen des sowjetischen Volkes verbesserten sich we-

sentlich, sein Wohlfand hob sich bedeutend. In gewaltigen Ausmaßen entfalte-
te sich der Bau von Wohnhäusern, Schulen, Krankenhäusern, Erholungsheimen und
Sanatorien.

Natürlich verläuft die Rekonversion in den sozialistischen Ländern mit
ihrer planmäßigen Wirtschaft organisierter. Aber auch in den kapitalistischen
Ländern werden, wie ihre eigenen Erfahrungen bezeugen, nach Einstellung von
Kriegen und nach Einschränkung der Rüstungsausgaben die Wirtschaftslage und
die Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Regel verbessert. Was eine Ver-
minderung der Beschäftigung infolge der Umstellung der Rüstungsindustrie auf
friedliche Erzeugnisse betrifft, so gibt es hier einen Ausweg. Selbst in den
größten Westmächten, wo die Tendenzen zur Beibehaltung eines hohen Aufrü-
stungstempos am stärksten ausgeprägt sind, liefern ein und dieselben Betriebe
nicht selten militärische und friedliche Erzeugnisse zugleich: Raketen für militäri-
sche, aber auch für Forschungszwecke, Kriegs-, aber auch Handelsschiffe, Mil-
itär-, aber auch Passagierflugzeuge. Somit ließen sich nach der Rekonver-
sion in der Hauptsache dieselben Ausrüstungen und dasselbe Personal verwen-
den. Weder Massenentlassungen noch Schließungen sind unumgänglich.

Es gibt noch einen Aspekt, den bürgerliche Ökonomen häufig ausspielen:
die kaufkräftige Nachfrage nach Waren des zivilen Bedarfs in den kapitalisti-
schen Ländern. Wird diese Nachfrage nach Maßnahmen zur Abrüstung und zum Ab-
bau der militärischen Maschinerie nicht fallen? Nein, meinen die meisten
maßgeblichen Fachleute, sie wird nicht sinken, weil die Mittel, die für mili-
tärische Zwecke verwendet werden, der Steigerung der staatlichen Bewilligun-
gen für soziale und ökonomische Zwecke, für die Erhöhung des Lebensniveaus
der Werktätigen sowie der Senkung bzw. Aufhebung von Steuern usw. dienen
müssen. Dazu ein Beispiel. Wenn bei der Demobilisierung von Militärangehörigen
und bei ihrem Übergang zur zivilen Tätigkeit 30 b 40 Mrd. Dollar im Jahr
(eingespartes Gehalt) freigesetzt werden, so besteht die Möglichkeit, die
Steuern um genau den gleichen Betrag zu senken. Diese Mittel werden also der
Bevölkerung verbleiben, und sie wird sie für die gleichen Ziele und Waren
ausgeben, für die sie auch die Militärangehörigen ausgaben. Die Befürchtun-
gen, daß Maßnahmen zur Abrüstung und Demobilisierung die kaufkräftige Nach-
frage verringern würden, entbehren demnach jeder Grundlage.

Ebenso haltlos sind die Behauptungen einiger westlicher Experten, die
Abrüstung bedeute große Ausgaben für die Abrüstungskontrolle. Aber die
Kosten für die Systeme einer solchen Kontrolle sind mit den Militärausgaben
in der ganzen Welt nicht zu vergleichen. Außerdem können etwa die Fotoappa-
raturen auf den künstlichen Erdsatelliten, Radar- und Erdbebenstationen neben
der Kontrolle auch wissenschaftlichen Forschungen und volkswirtschaftlichen
Erfordernissen dienen.

All das zeigt, daß die Umstellung der materiellen Ressourcen von mili-
tärischen auf friedliche, produktive Zwecke die wirtschaftliche Entwicklung,
das Lebensniveau der Bevölkerung in allen Ländern aufs günstigste beein-
flussen kann. Zur Lösung dieser Aufgabe trägt jeder Schritt zur Abrüstung
bei. Aber am vorteilhaftesten wäre für die Völker die allgemeine und voll-
ständige Abrüstung.

Friedlichen produktiven Zwecken können dann dienen:

- erstens große Vorräte an Kriegsmaterial, insgesamt für ca. 500 Mrd.
Dollar (Kraftfahrzeuge, Schlepper, Flughafenauerüstungen usw.);

- zweitens die jährlichen Militärausgaben, die nach Schätzungen einiger westlicher Fachleute heute fast 300 Mrd. erreichen;
- drittens die produktive Arbeit über 20 Millionen heutiger Militärangehöriger;
- viertens Rüstungsbetriebe und militärische Forschungszentren mit ihrem hochqualifizierten Personal und ihren Ausrüstungen.

All das zusammen würde eine Steigerung der Produktivkräfte bedeuten, wie sie die Geschichte nie gekannt hat. In zwei Jahrzehnten erhielte die Menschheit zusätzlich ca. sechs Billionen Dollar für ihre Entwicklung. Dieser Riesenbetrag übersteigt um ein Vierfaches den Jahresetat jedes Staates der Welt.

Wie die Sowjetregierung wiederholt feststellte, könnte bei der Nutzung der bei der allgemeinen und vollständigen Abrüstung freigesetzten Mittel für produktive Zwecke die Wirtschaft der Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf das Niveau der heutigen entwickelten Industrieländer gehoben werden. In diesen Ländern könnte die Industrialisierung vorgenommen, die Hungerernte und das Analphabetentum liquidiert werden.

Von der Abrüstung würden alle Länder und Völker profitieren. Die sozialistischen Länder, die sich schon jetzt in hohem Tempo entwickeln, könnten unter den Verhältnissen der Abrüstung das Tempo ihres ökonomischen und kulturellen Aufbaus noch beschleunigen. Sie könnten rascher neue Industrieviere anlegen, die Hebung der Landwirtschaft gewährleisten, die Wissenschaft und Technik entwickeln. Die Abrüstung würde es den sozialistischen Ländern erlauben, die Produktion von Massenkonsumgütern zu steigern und die Bevölkerung rascher und in großen Mengen mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Büchern und anderen materiellen und geistigen Gütern zu versorgen.

Die allgemeine und vollständige Abrüstung gäbe der USA, Japan, der BRD, Großbritannien, Frankreich und Italien die Mittel, Wohnhäuser und Kommunaleinrichtungen zu bauen, die hohen Steuern der Bevölkerung zu senken, den unentgeltlichen Unterricht und die unentgeltliche medizinische Betreuung, die materielle Versorgung im Alter, den Schutz von Mutter und Kind einzuführen sowie andere Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Aus den gewaltigen Mitteln, die die Abrüstung freistellen würde, könnte man, bei ihrer rationellen Verwendung, mehrere große Probleme zugleich lösen. Bei rascher Entwicklung der Industrie könnte diese auf 'saubere' Technologie überführt werden. Anstatt der Wärmekraftwerke, die heute zu den wichtigsten Quellen der Umweltverschmutzung und der Verschlechterung der Gesundheit der Menschen gehören, könnten die 'sauberen' therm nuklearen Kraftwerke als Grundlage der Weltenergetik dienen. Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren könnten durch elektrifizierte, abgasfreie Verkehrsmittel abgelöst werden.

Es bestehen sehr viele solche Möglichkeiten. Aber jedes weitere Beispiel wird nur noch erneut die offensichtliche Wahrheit bekräftigen: Die Überführung der kolossalen materiellen Mittel aus der militärischen, unproduktiven Sphäre in die Zweige der Zivilindustrie, in die Fonds für friedliche wissenschaftliche Forschungen und für soziale Fürsorge brächte der ganzen Menschheit unschätzbaren Nutzen und Früchte zum friedlichen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt bei. Und es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, daß die Abrüstung die Völker von verheerenden Kriegen befreien und das Bestehen der Weltzivilisation garantieren würde. Ebendeshalb sehen die Kommunisten, wie ihre Berliner Konferenz gezeigt hat, im Kampf um die Abrüstung eines ihrer wichtigsten Programmziele, für dessen Erreichung sie alle ihre Kräfte einsetzen werden." (~/ 16.11.1976/va/pr)